PRESSEINFORMATION



Christian Baldauf, MdL Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1 115. Plenarsitzung, Dienstag, 15. Dezember 2020

"Landeshaushaltsgesetzes 2021"

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

15.12.2020





Anrede,

es hat nicht gereicht. All die Maßnahmen und alle Hoffnungen der vergangenen Wochen. Die Dynamik der Pandemie war schneller. An Covid-19 sterben mehr Menschen denn je. Jeden Morgen schauen wir auf Zahlen – Zahlen, hinter denen sich Schicksale und Leid verbergen. Das aktuelle Infektionsgeschehen hat Bund und Ländern keine Wahl gelassen. Deshalb die Beschlüsse vom Sonntag.

Ganz Deutschland schränkt sich noch stärker als bisher ein – die richtige, die notwendige Entscheidung. In dieser Stunde hat die konsequente Bekämpfung der Pandemie Vorrang. Morgen gehen wir in den harten Lockdown – niemand weiß wirklich, für wie lange.

Dabei hatten wir gewünscht, ein normales Weihnachten und Neujahrsfest feiern zu können. Aber in dieser Zeit ist nichts normal. Das Virus kennt keine Pause. Und wir müssen alles dafür tun, die hohen Fallzahlen, die Neuinfektionen drastisch einzudämmen, Infektionsketten zu unterbrechen.

- Also arbeiten Pflegekräfte und Ärzte bis an den Rand der Erschöpfung, setzen sich der Gefahr aus, selbst an Covid-19 zu erkranken.
- Bangen Selbständige, Künstler, Dienstleister um ihre Existenz.
- Sind viele Ältere traurig, weil sie alleine sind und Angehörige viel zu selten sehen.
- Rotieren Eltern, um die Betreuung ihrer Kleinkinder und die schulische Begleitung ihrer Kinder in den Griff zu kriegen.
- Stehen Polizisten in den Innenstädten, um die Menschen auf "Abstand halten" und "Maske tragen" hinzuweisen.

Anrede,

die Bundesregierung flankiert den Lockdown mit weiteren Wirtschaftshilfen für die betroffenen Branchen, mit Notbetreuungsangeboten für Schulkinder – aber wir alle wissen, die Herausforderungen im Alltag sind enorm.



Wie lange können wir einen harten Lockdown menschlich, gesellschaftlich, wirtschaftlich durchhalten? Schon jetzt zeichnet sich ab: Die Corona-Pandemie hinterlässt tiefe Spuren in der Mitte unserer Gesellschaft. Nur noch 20 Prozent der 30- bis 59-Jährigen blicken nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach hoffnungsvoll in die Zukunft! 20 Prozent derjenigen, die das Rückgrat der Gesellschaft bilden und wesentlich zum Steueraufkommen dieses Landes beitragen. Aber die allermeisten, 80 Prozent derer, die mit ihrer Arbeitskraft für Innovation und Fortschritt sorgen – 80 Prozent haben an Zuversicht verloren.

Dieses Ergebnis versteht die CDU, verstehe ich, als Auftrag an die Politik, an uns als Landespolitiker, den Menschen Zuversicht zu geben, ihnen Ängste zu nehmen und Perspektiven für sozialen Aufstieg und Wohlstand aufzuzeigen.

Wenn wir heute den Haushalt verabschieden, dann entscheiden wir eben nicht allein über Zahlen, sondern über Grundlagen – für Arbeit, für Bildung, für Chancen, für Lebenswege, für Zuversicht, für Zukunftshoffnung, für Optimismus.

Anrede,

die letzten zehn Monate mit Corona haben uns deutlich vor Augen geführt,

- wie wichtig der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist.
- Wie wichtig es ist, Verantwortung zu übernehmen, für die Mitmenschen, für die Wirtschaft, für jeden Einzelnen.
- Wie wichtig es ist, dass es künftig keine abgehängten Regionen in Rheinland-Pfalz gibt, kein Stadt-Land-Gefälle.

Die Corona-Pandemie differenziert nicht zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Überall muss die ärztliche Versorgung sichergestellt sein. Die Corona-Pandemie differenziert nicht danach, ob jemand im Landkreis Mainz-Bingen, im Landkreis Birkenfeld oder im Rhein-Hunsrück-Kreis in einer Pflegeeinrichtung untergebracht ist und versorgt werden muss. Überall muss sichergestellt werden, dass denen geholfen wird, die auf Pflege angewiesen sind.

Die Corona-Pandemie differenziert nicht zwischen den Schulkindern im Eifelkreis, im Landkreis Altenkirchen oder denen in Alzey-Worms. Alle müssen die besten Bildungsvoraussetzungen vorfinden.



Die Corona-Pandemie differenziert nicht zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die im Landkreis Germersheim, im Landkreis Trier-Saarburg oder in Mayen-Koblenz wohnen. Alle brauchen gleichermaßen eine gute digitale Infrastruktur, um von zu Hause arbeiten zu können.

Die Corona-Pandemie hat das politische Tagesgeschäft in den letzten 10 Monaten beherrscht – und prägt auch unseren Landeshaushalt. Das ist notwendig. Wichtig ist aber zugleich, den Blick nach vorne zu richten und zu überlegen, wie wir gestärkt aus der Krise finden und Grundlagen legen für eine Zukunft der Menschen in unserem Land. Der Jüngeren, der Mitte, der Älteren.

An die Jüngeren zu denken, bedeutet für mich, gut aufgestellt zu sein, insbesondere in den Bereichen

- Haushaltspolitik
- Bildungspolitik
- Wirtschafts- Klima- und Innovationspolitik
- Gesundheitspolitik.

Eine solide Finanzpolitik schafft den Jungen die notwendige Handlungsfreiheit. Die beiden Nachtragshaushalte in diesem Jahr waren davon gekennzeichnet, die Auswirkungen der Corona-Pandemie möglichst abzufedern. Dazu wurde viel Steuergeld aufgewendet. Das war richtig. Richtig ist aber auch, zukünftig darauf zu achten, dass der ausgeglichene Haushalt wieder zur Regel wird und wir nicht zu Lasten der Jüngeren haushalten. Denn Verantwortung bedeutet:

Heute an morgen denken, d.h. eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik zu machen. Konkret: Die Schülerinnen und Schüler zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen, sie auf das Leben vorzubereiten und ihnen die Grundlagen zu vermitteln, um im Berufsleben erfolgreich sein können.

Heute an morgen denken, d.h. die Voraussetzungen schaffen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut ausgebildet werden und sich Leistung lohnt.

Heute an morgen denken, d.h. weitsichtigen und mutigen Unternehmern Rahmenbedingungen zu schaffen, dass sie neue Ideen entwickeln können. Damit in Rheinland-Pfalz die Zukunft gesichert und Arbeitsplätze geschaffen werden.



Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz unsere lebens- und liebenswerte Heimat bleibt. Wir wollen Brücken bauen – nicht nur im wahrsten Sinne des Wortes. Damit es keine abgehängten Regionen mehr gibt. Dazu müssen wir Straßen, Wege und Schienen genauso bauen und ertüchtigen, wie Datenleitungen.

Wir müssen soziale Sicherungsnetze knüpfen, die sich auf die Schwächsten konzentrieren, aber ohne die starken Schultern zu überlasten, die uns alle tragen. Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung, die sicherstellt, dass jeder in Rheinland-Pfalz, egal wo er wohnt, einen Hausarzt in seiner Nähe hat und Pflege wohnortnah gesichert ist. Dazu müssen wir Ärzte und Pfleger ausbilden.¹

Wir wollen ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz, das die Natur, unsere wunderschönen Wälder, die Naturreservate und unser Klima schützt. Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, das die Schöpfung und unsere natürliche Lebensgrundlage bewahrt.

Hierfür steht die CDU-Fraktion. Dafür arbeiten wir. Dafür haben wir unsere Änderungsanträge eingebracht.

Dieser Haushalt stellt eine wichtige Zäsur dar. Denn im kommenden März wird der Landtag neu gewählt. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Wahl, wer dieses Land in den kommenden fünf Jahren führen und gestalten soll.

Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Ärztinnen und Ärzte aus Nicht-EU-Ländern (06 02 683 02 neu), Drs. 17/13902

Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2021 "Zuschüsse an Krankenhaus- und Schulträger (06 03 891 01, 891 09,893 01, 893 09, Drs. 17/13902

Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf Landeshaushaltsgesetz 2021 "Defizite in der Gesundheitspolitik der Landesregierung" Drs. 17/ 13909

Antrag "Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Rheinland-Pfalz sichern die Ärzteversorgung" Drs. 17/7969

Antrag "Bessere Krankenhausversorgung durch bessere Krankenhausförderung" Drs. 17/11149

Antrag "Neukonzeption des Förderprogramms der Landesregierung und weitere Maßnahmen", Drs. 17/2536

Antrag "Entwicklung der ärztlichen Versorgung und Versagen der Landesregierung", Drs. 17/2114

¹ Wir verweisen hierbei auf die zahlreichen Initiativen der Fraktion:



Ich will eine Politik für Rheinland-Pfalz

- die mutig ist,
- die innovativ ist und
- die menschlich ist.

Unsere Ziele werden in den vorgelegten Änderungsanträgen und Haushaltsbegleitanträgen deutlich. Ich bitte um Verständnis, dass ich aus Zeitgründen nur die großen Linien aufzeigen werde.²

Bildungspolitik – Jedem seine Schule

Anrede,

für mich sind Kinder unsere Zukunft, die Zeit in Kindergärten ist für unsere Kleinsten prägend. Kinder brauchen Verlässlichkeit. Sie brauchen Zeit. Sie brauchen feste Bezugspersonen. Denn dadurch entsteht Bindung. Und Sie wissen: Ohne Bindung keine Bildung.

Wichtig ist aber neben dem Erwerb von sozialen Kompetenzen, dass alle Kinder vergleichbare Grundvoraussetzungen für den Schulstart haben. Wir wollen, dass jedes Kind nicht nur die rechtliche, sondern auch die tatsächliche Möglichkeit hat, in den Kindergarten zu gehen – und zwar wohnortnah!

Wir wollen den Erziehernachwuchs fördern und die Ausbildungskapazitäten im Land erhöhen. Wir wollen, dass unsere Kinder altersgerecht gefordert und gefördert werden. D.h. im Ergebnis mehr Zeit für jedes Kind. Wir wollen verbindliche Standards der Schulvorbereitung für alle Kindergärten.

Unser Ziel ist es, dass jedes Kind bei der Einschulung die deutsche Sprache versteht und sie auch sprechen kann. Es sollte daher verpflichtende Sprachtests für alle Kinder im Vorschulalter geben. Dadurch können wir unsere Kinder frühzeitig fördern und stärken. Wir wollen nicht, dass Kinder schon vor der Einschulung ins Hintertreffen geraten. Wir wollen kein Kind zurück lassen. Die für die Sprachstandeserhebung notwendigen 1,5 Millionen Euro an Personalkosten wollen wir in den kommenden Haushalt einstellen.³

² Die Einzelheiten werden durch die jeweiligen fachpolitischen Sprecher aufgrund der aktuellen Gegebenheiten nicht im Plenum sondern in den Fachausschüssen dargestellt.

³ Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Personalkostenzuschuss für flächendeckende Sprachstandserhebungen", Drs. 17/ 13902



Wir werden mit Startergruppen die Voraussetzungen schaffen, dass der Übergang in die Schule von den Kindern gut gemeistert werden kann. Vorschulkinder erhalten dazu in den Kindergärten 5 Stunden pro Woche zur Vorbereitung auf die Schule. Dafür gibt es mit der CDU deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher an unseren Kindergärten.⁴ Deshalb fordern wir im Haushalt 2021 10 Millionen Euro zusätzlich, um nach den Sommerferien unmittelbar starten zu können!⁵

Anrede,

das ist für uns, für die CDU, vorsorgende Politik! Wir wollen Kinder stärken und ihnen einen erfolgreichen Schulstart ermöglichen. Für uns als CDU steht fest: Lieber eine Teilhabe aus eigener Kraft als staatliches Geld.

Kitas

Seit Sonntag wieder einmal: Verwirrung, Unsicherheit, Chaos in Kindergärten und Schulen. In den Kitas laufen die Erzieherinnen und Erzieher Sturm. So sollen trotz bundesweiten Lockdowns die Kitas im Regelbetrieb geöffnet bleiben. Auch hier überlassen Sie die Verantwortung für den Gesundheitsschutz den Kitas und ihren Trägern. Obwohl dringend notwendig, sind die Leitlinien nicht angepasst worden.

Genauso wenig wie das Verfahren zur Teststrategie. Seit Mitte November warten die MitarbeiterInnen in den Kitas auf entsprechende Ausführungsbestimmungen. Das haben Sie versprochen! Und was ist passiert? Nichts! Sie überlassen einen wichtigen Berufsstand weitgehend ungeschützt sich selbst – das ist nicht nur respektlos, das ist fahrlässiger Leichtsinn.

Verlässliche Betreuung ist das eine – eine transparente, nachvollziehbare Darlegung der Situation und der Möglichkeiten, die aktuell bleiben, das andere. Die Erzieherinnen und Erzieher, aber auch die Eltern, haben Offenheit und Klarheit verdient. Denn nur so können die nächsten Monate geregelt und in den Einrichtungen verantwortungsvoll gestaltet werden.

⁴ Diese zusätzlichen Personalkosten muss das Land zu mindestens 80 Prozent tragen.

 $^{^{\}rm 5}$ Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Programm Startergruppen zur Heranführung an die Schulen", Drs. 17/ 13902



BILDUNG

Anrede,

Geld alleine reicht nicht aus, um eine verantwortungsvolle und erfolgreiche Bildungspolitik zu machen.

Das Wichtigste, was man für eine gute Bildungspolitik braucht, ist zunächst kostenneutral. Es sind klare Vorstellungen von dem, was man erreichen und umsetzen möchte. Einen solchen klaren Kompass vermisse ich bei der Koalition!

Das wurde besonders deutlich in der Corona-Pandemie. Ein klarer Kurs existiert nicht. Das haben gerade die vergangenen Tage wieder gezeigt. Anders als in anderen Bundesländern keine klaren Vorgaben wie der Schulbetrieb weiterlaufen soll. "Schulen unter Strom" titelte heute die Presse heute. Die Landesregierung handelt planlos. Wieder einmal keine klaren Vorgaben, kein Konzept.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Frau Ministerin Hubig,

das ist niemandem mehr verständlich zu machen. Den Erzieherinnen nicht, den Eltern nicht, den Schülern nicht. So wird die Schulpflicht morgen aufgehoben, die Eltern können ihre Kinder aber dennoch weiterhin zur Schule schicken, ihnen wird die Präsenz der Kinder freigestellt. In die Schule oder nicht? Was machen? Schulleiter sind ratlos. Erst diese Woche haben Sie nach empörten Mails von Eltern und Lehrern ein Schreiben zu Maßnahmen bis zu den Weihnachtsferien an die Schulen geschickt. Wieder auf den letzten Drücke. Dabei hätten sie längst vor drei Wochen geplant haben können, nein müssen.

Frau Ministerin Hubig, Sie haben sogar in der vergangenen Woche noch behauptet, die Schulen seien in der Corona-Krise nicht das Problem und haben Aussagen führender Wissenschaftler aus ideologischen Gründen verdreht! Hätten Sie sich stattdessen mal besser Gedanken gemacht, wie die Schulen in der letzten Schulwoche vor dem erwartbaren Lockdown mit der Situation umgehen sollen!

Ministerin Hubig zeichnet sich einmal mehr durch Entscheidungsschwäche in der Schulpolitik aus, es sei denn, es geht um rechtswidrige Beförderungen in den Ministerien. Die laufen wie geschmiert. Corona hat schlagartig die von der Landesregierung zu verantwortenden Mängel offengelegt. Zu wenig Digitalisierung. Zu wenig Lehrer. Zu wenig Konzept.



Wir möchten stattdessen eine mutige, eine innovative, eine menschliche Politik. Für den Bildungsbereich bedeutet das:

- Lehrpläne überarbeiten,
- mehr Lehrer einstellen,
- eine angemessenes und ansprechendes Lernumfeld schaffen.

Wir müssen den Mut zu grundlegenden Änderungen haben. Dabei müssen wir differenzieren, was Inhalt, Ansprüche und Methoden betrifft. Jeder hat seine Stärken und Schwächen. Ziel der CDU ist es, jeden Schüler entsprechend seiner Talente die bestmöglichen Chancen zu ermöglichen. Stärken stärken ist unser, ist mein Ziel.

Anrede,

die individuelle Förderung muss das Hauptziel sein und nicht die Steigerung der finanziellen Mittel für das System oder die Perfektionierung des Systemischen. Denn wertvoll und förderungsbedürftig ist nicht das System als solches, sondern der einzelne Schüler. Es geht um den Erfolg jedes Einzelnen und nicht etwa um eine bloße Steigerung der Abiturienten-Zahlen.

Dabei geht es weder darum, den Lehrplan bloß zu reduzieren oder ihn ausschließlich der Digitalisierung unterzuordnen. Weder das Eine noch das Andere sind für sich genommen ein geeigneter Maßstab für eine gute Bildungspolitik. Erst in der Symbiose werden sie zu einer starken Einheit. Wir dürfen Bildung nicht nur nach dem Ziel der Nützlichkeit und unmittelbaren Anwendung oder auf ein bestimmtes Berufsbild ausrichten. Deshalb müssen wir über die reine Wissensvermittlung hinausblicken und die Schülergenerationen auf das Leben nach der Schule vorbereiten. Um verschiedene Dinge besser einordnen zu können und entscheidungssicher zu werden. D.h. nicht, dass wir die Lehrpläne mit Stoff überfrachtet. Es heißt, dass sie eine Routine entwickeln sollen, interdisziplinär denken zu können. Denn monokausale Problemstellungen gibt es nicht. Natürlich muss dafür auch Allgemeinbildung vermittelt werden. Natürlich muss auch das Lernen gelehrt werden.

Wir müssen unsere Schülerinnen und Schüler zu kritischen Individuen erziehen. Zu kritischen Individuen, die Texte im Internet hinterfragen und wissen, ob es Fake News sind. Wenn wir den Schülern aber nur – wie die Landesregierung bevorzugt – nur Kompetenzen lehren und kein Wissen mehr vermitteln, braucht man sich nicht wundern, wenn sie später empfänglich werden für die Botschaften der Rattenfänger, Geschichtsrevisionisten oder Querdenkern.



Die Stabilität unserer Demokratie hängt auch maßgeblich davon ab, dass die nachfolgenden Generationen das Rüstzeug haben, kritische Staatsbürger zu werden. Das liegt mir am Herzen.

Frei nach Rousseau: "Habe Mut Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!".

Anrede.

insbesondere im MINT-Bereich, also in Mathematik. Informatik, den Naturwissenschaften und in der Technik, ist es wichtig, dass der Unterricht Neugier weckt. Das ist kein Selbstzweck. Sondern damit sind für Schülerinnen und Schüler große individuelle Chancen verbunden.

Und hier kommt die Verantwortung des Landes ins Spiel! Denn Neugier kann man <u>nur</u> wecken, wenn eine lebensnahe Wissensvermittlung und nicht nur das stumpfe Einpauken von Formeln stattfindet, deren Sinnhaftigkeit sich für die Schülerinnen und Schüler abstrakt nicht immer gleich erschließt. Das bloße Auswendiglernen schafft kein Verständnis und würgt Interesse an diesen Themenbereichen ab. Im Übrigen mit negativen Folgen für unser gesamtes Bundesland im Hinblick im nationalen und internationalen Wettbewerb.⁶

Das wirkt sich, schneller als man denkt, auch auf den Landeshaushalt aus. Denn neben einem modernen Lehrplan brauchen wir auch genug Lehrerinnen und Lehrer.⁷ Denn in Rheinland-Pfalz fallen immer noch viel zu viele Unterrichtsstunden aus.⁸

⁶ 36,2% der Schüler in Rheinland-Pfalz verlassen die Grundschule ohne ausreichende Ziele des Lesens erreicht zu haben. (siehe IQB 2016); 48,4% der Schüler in Rheinland-Pfalz verlassen die Grundschule ohne ausreichende Kenntnisse der Orthographie erworben zu haben. (siehe IQB 2016)

⁷ Antwort auf Große Anfrage der CDU (Drs. 17/10519 vom 12.11.2019): Erkenntnisse: Die Zahl der Neueinstellungen ist von 1597 im Schuljahr 2014/2015 Jahr für Jahr auf 1217 im Schuljahr 2018/2019 gesunken.

[•] Die Zahl der Absolventen des ersten Staatsexamens im Lehramt Master an Grundschulen ist von 604 (in 2014) auf 459 Absolventen (in 2018) gesunken.

Die Zahl der Absolventen des zweiten Staatsexamens an Grundschulen ist im Zeitraum 2013 bis 2018 ungefähr gleich geblieben - bei rund 400 Absolventen. Das schafft Probleme angesichts starker Geburtenjahrgänge, kleinerer Klassen und zusätzlicher Anforderungen z.B. durch die Sprachförderung.

[•] Die Zahl der Absolventen des zweiten Staatsexamens für Realschulen bzw. Realschulen plus hat sich von 2013 an bis 2018 mehr als halbiert. (325 in 2013, 153 in 2018)

Die entsprechende Zahl der neu ausgebildeten F\u00f6rderschullehrer ist nur konstant geblieben, obwohl gerade an den F\u00f6rderschulen ein sehr gro\u00dfer Personalbedarf besteht.



Das liegt aber nicht an unseren rund 41.000 Lehrkräften in Rheinland-Pfalz. Lehrerinnen und Lehrer leisten eine hervorragende Arbeit. Sie gehen oftmals an ihre Belastungsgrenzen und das tagtäglich. Und in der Corona-Krise ganz besonders. Deshalb möchte ich mich hier nochmals herzlich bei Ihnen für Ihren Einsatz bedanken!

Der Grund dieses Übels liegt bei der Landesregierung! Denn auch Lehrer werden einmalkrank, nehmen an Fortbildungen teil, betreuen Klassenfahrten und übernehmen andere Aufgaben. Deshalb stehen wir als CDU-Landtagsfraktion für eine ausreichende Unterrichtsversorgung – und die liegt bei 105 Prozent!⁹

Um dies zu finanzieren, stellen wir in unseren Änderungsanträgen im Haushalt 2021 fast 28 Millionen mehr als geplant zur Verfügung, um in einem ersten Schritt nach den Sommerferien 800 zusätzliche Lehrer einzustellen. Um dem Lehrermangel mittelfristig vorzubeugen, müssen zudem die Ausbildungskapazitäten ausgeweitet werden. Dafür wollen wir die Zahl der Referendariatsplätze um 450 erhöhen. Hierfür sind weitere 4 Millionen Euro notwendig.¹⁰

Anrede,

daran sieht man den Unterschied: Sie stehen für Minimalversorgung, wir geben mit 105 Prozent maximale Sicherheit!

Zu einer vernünftigen Bildungspolitik gehört aber auch eine angemessene Unterbringung der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen, dass die Schulen vom Keller bis zum Dach, vom Schulklo bis zum Computerraum in gutem Zustand sind. Mehr denn je ist eine ausgereifte digitale Infrastruktur für unsere Schulen wichtig.

Deshalb fordert die CDU-Fraktion:

- Moderne Endgeräte für Lehrer und Schüler
- Digitale Fachkräfte an unseren Schulen
- Eine Aus- und Fortbildungsoffensive für unsere Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung
- Glasfaseranschlüsse für die Schulgebäude

^{8 2,7} Millionen Stunden, Studie des Regionalelternbeirats Koblenz aus dem Herbst 2019

⁹ Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Unterrichtsversorgung 100 plus", Drs. 17/ 13902

 $^{^{10}}$ Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Anwärterbezüge", Drs. 17/ 13902



Das läuft alles viel zu schleppend. Die meisten Schulen in Rheinland-Pfalz hatten dafür keine guten Ausgangsbedingungen. Denn die Landesregierung verhält sich viel zu passiv. Viele Lehrer und Schulleiter haben weit über ihre dienstlichen Verpflichtungen hinaus ein riesiges Engagement gezeigt und alles darangesetzt, die Schüler gut zu versorgen. Wir dürfen sie nicht länger alleine lassen.¹¹

Analogen Unterricht lässt sich nicht einfach auf digitale Formate übertragen. Lehrer müssen auch didaktisch und technisch weitergebildet werden. Und das wünschen sie sich auch. Daher muss das Land die Kosten für diese Fortbildungen übernehmen – und noch wichtiger: Das Land muss die Fortbildungen auch anbieten. Zur Wartung von Hard- und Software und bei Problemen mit dieser, braucht es digitale IT-Fachkräfte an den Schulen, die schnell verfügbar sind. Eine Hotline alleine reicht nicht aus.

Anrede,

unbestritten: Es gibt eine ganze Menge Lehrerinnen und Lehrer, die wissen, wie ein Computer funktioniert, wie man Software installiert und vielleicht sogar, wie knifflige technische Probleme behoben werden können. Und jede Lehrkraft kann sich natürlich in die Technik einarbeiten. Das ist aber nicht ihre Aufgabe! Die Aufgabe unserer Lehrerinnen und Lehrer ist die Wissensvermittlung. Dafür brauchen wir sie!

Die Wartung der Hardware, das Updaten der Software, das Management von Lizenzen, Datenschutzbelange sowie die Schulung der Verwaltung und des Lehrerkollegiums etc. müssen andere Fachleute durchführen. Dafür wollen wir für alle Schulen ausreichendes Fachpersonal.

Wir fordern im Haushalt 2021 hierzu mehr als 5,6 Millionen Euro als Zuschuss für Entgelte für digitale Fachkräfte an Schulen im Land. ¹² Zudem fordern wir im Haushalt 5 Millionen Euro für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der digitalen Bildung für Lehrkräfte. ¹³

Rund 70.000 Grundschüler besuchen in Rheinland-Pfalz die Ganztagsschule. Rund 43.000 Grundschüler besuchen im Anschluss an die Schule Betreuungsgruppen von kommunalen

 $^{^{11}}$ Pressemitteilungen des Philologenverbands RLP vom 03.12.2020 und 08.12.2020; Pressemitteilung des VBE RLP vom 04.12.2020;

¹² Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Entgelte für digitale Fachkräfte", Drs. 17/ 13902

¹³ Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich "Digitale Bildung" für Lehrkräfte", Drs. 17/ 13902



Trägern.¹⁴ Hinzu kommen die Kinder in Betreuungsgruppen von privaten Trägern und in Kinderhorten.

In kommunalen Einrichtungen ist die Betreuung kostenfrei. Dort wo kirchliche und freie Träger mit ihren Einrichtungen fehlende Kapazitäten auffangen, sind die Eltern dagegen mit mehreren hundert Euro im Jahr dabei.

Anrede,

wir empfinden das als ungerecht und werden das ändern. Für uns sind beide Formen der Betreuung finanziell gleich zu bewerten.

Wir als CDU setzten uns dafür ein, dass auch die Nachmittagsbetreuungsangebote kostenfrei sind, egal ob sie von öffentlichen oder privaten Trägern der Nachmittagsbetreuung angeboten werden. Wir stehen zur Beitragsfreiheit für eine kostenlose Nachmittagsbetreuung. Dafür stellen wir 14 Millionen Euro zur Verfügung. ¹⁵

Hochschule

Anrede,

ob in der Werkstatt oder im Labor, wir können stolz sein – auf unsere klugen Köpfe in Rheinland-Pfalz. Wir als CDU verstehen unsere Hochschulen als Zukunftswerkstätten. Wir wollen, Rheinland-Pfalz als Wissenschafts- und Forschungsland stärken. Wo neue Innovationen entwickelt werden, die vielleicht sogar in einer Reihe mit Gutenbergs Buchdruck und Biontechs Impfstoff stehen.

Was könnte in Rheinland-Pfalz alles möglich sein würde sich die Landesregierung wirklich für Hochschulpolitik interessieren! In diesen Tagen sprechen alle über Biontech und das Forscherehepaar Uğur Şahin und Özlem Tureci. Dieser Erfolg ist nicht zufällig entstanden, sondern ist Lohn für ein brennendes Interesse am Forschen und am medizinischen Fortschritt. Und bevor Sie auf eine andere Idee kommen, liebe Frau Ministerpräsidentin Dreyer, lieber Herr Schweitzer, der

¹⁴ Drucksache 17/13306, Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Köbler (Grüne) zu "Ganztagsschulen in Rheinland-Pfalz" vom 08. Oktober 2020

¹⁵ Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Beitragsfreiheit für kostenpflichtige Nachmittagsbetreuung an Grundschulen", Drs. 17/ 13902



Aufsichtsratsvorsitzende von Biontech hat festgestellt, dieser Erfolg war nicht wegen, sondern trotz der Landesregierung möglich.¹⁶

Innovationen

Anrede.

es gibt in Deutschland eine Menge erfolgreicher Ausgliederungen von Startups der Universitäten. Da sind andere Bundesländer weit vor Rheinland-Pfalz. Genannt sei hier die Universität München.

Wenn wir zukünftig unseren Wohlstand halten und mehren wollen – ich glaube niemand in diesem hohen Hause stellt dies in Frage – müssen wir bei der Innovationsfähigkeit weiter investieren. Das Land muss Gründern den Zugang zu mehr Wagniskapital ermöglichen. Dann können sich Gründer auf ihre Geschäftsidee konzentrieren und müssen nicht ständig zeitraubend Mittel einwerben.

Corona, Erderwärmung, Staatsschulden, Demografie, um die ganz großen Zukunftsaufgaben zu nennen, lassen sich nur mit modernsten Technologien lösen. Innovation bringt uns einen Impfstoff, Innovationen lassen uns klimaneutral produzieren, Innovationen generieren Wachstum. ¹⁷ Wir wollen deshalb ein Gründerstipendium: Gründerinnen und Gründer sollen in Rheinland-Pfalz ideale Bedingungen vorfinden und temporär finanziell unterstützt werden. ¹⁸ Wir wollen eine realistische Wasserstoffstrategie. Deshalb wollen wir eine Wasserstoffprofessur in Kaiserslautern aufbauen. ¹⁹

⁻

https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/108791/BioNTech-will-in-Deutschland-bleiben: "Jeggle bemängelte [...] fehlende politische Unterstützung. BioNTech könne am Standort Rheinland-Pfalz nicht das gleiche staatliche "Bemühen" feststellen, wie es Tesla beim Bau seiner Autofabrik in Brandenburg oder Siemens bei seinem Start-up-Inkubator in Berlin genieße, monierte Jeggle im Gespräch mit dem Magazin."

¹⁷ Laut ING-Innovationsindex liegt Rheinland-Pfalz 2020 auf Platz zehn im Bundesländervergleich. Das bedeutete eine Verschlechterung um einen Platz zum Vorjahr. Bezogen auf die westdeutschen Länder landet Rheinland-Pfalz auf dem vorletzten Platz. Quelle: https://www.ing.de/binaries/content/assets/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/2020/ing-deutschland innovationsindex-2020.pdf.

¹⁸ Diese Forderung wurde bereits im Doppelhaushalt 2019/20 (Drks. 17/7891) sowie im Sondervermögen (Drks. 17/13005) erhoben und von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.
¹⁹ Hintergrund: Bereits am 08.11.2019 brachte die CDU-Fraktion den Antrag "Technologie-offenheit nutzen – Wasserstoffstrategie Rheinland-Pfalz erarbeiten" (Drucksache 17/10503). Darin enthalten war die Forderung eine "Wasserstoffstrategie Rheinland-Pfalz zu erstellen, welche die Möglichkeiten von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft in den Bereichen Verkehr, Sektorenkopplung, Energie und Industrie systematisch aufarbeitet



Weiter unten am Rheinufer steht das Gutenberg Digital Hub, welches sich durch die hervorragende Arbeit der Industrie- und Handelskammern so positiv entwickeln konnte. Hier wird die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft gelebt. Deshalb soll in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern die Erfolgsgeschichte des Gutenberg Digital Hubs über ganz Rheinland-Pfalz ausgeweitet werden. Wir brauchen eine Hub Strategie. Wie in Mainz soll mit einer Anschubfinanzierung von je 50.000 Euro auch in den Kammerbezirken Koblenz, Trier und Pfalz ein solches Hub aufgebaut werden, um die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern. In Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern können Doppelstrukturen vermieden und Synergien genutzt werden. Das von Wirtschaftsminister Dr. Wissing geplante Technologiezentrum in Kaiserslautern führt hingegen nur zu Doppelstrukturen. Wir wollen eine Potenzialanalyse für unser duales Studium, damit nicht noch mehr Studenten in die benachbarten Bundesländer abwandern.²⁰

Wirtschaft

Anrede,

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen befinden sich derzeit in einem äußerst schwierigen Umfeld. Minus 5,7 Prozent Rückgang der Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr machen die unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Krise für viele spürbar: Unterbrochene Lieferketten, gesunkene Inlandsnachfrage und die generelle Unsicherheit sind Gift für die Wirtschaft.

und die Potenziale in Bezug auf unser Land definiert." Wie die Anhörung am 5. März dieses Jahres zeigte, war die Landesregierung hier bisher vollkommen blank. (z.B. Vorlage 17/6145: "Direkte Kontakte im Frühjahr 2019 mit dem Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz brachten jedoch im Ergebnis, dass Rheinland-Pfalz weder über eine Wasserstoff-Strategie verfügt noch entsprechende Fördertöpfe zur Investitionsförderung vorhanden sind ")

²⁰ Siehe Meldung des statistischen Landesamtes: https://www.statistik.rlp.de/no_cache/de/einzelansicht/news/detail/News/3107/

Im Wintersemester 2019/20 entschieden sich rund 67.600 rheinland-pfälzische Studienberechtigte für ein Studium in einem anderen Bundesland. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems mitteilt, waren das 0,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders gefragt waren bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten die Hochschulen in den angrenzenden Ländern Nordrhein-Westfalen (19.100), Baden-Württemberg (15.900) und Hessen (14.600).



Doch die Wahrheit ist: Schon lange vor Corona ist Rheinland-Pfalz in eine Rezession geraten. Im Jahr 2019 lagen wir beim Wachstum des Bruttoinlandsproduktes mit einem Minus von 1,3% auf dem letzten Platz unter allen Bundesländern.²¹ Jetzt kann man, wie die Landesregierung, sagen, das sei ein Einmaleffekt. Doch die Zahlen zeigen ein anderes Bild: Seit ihrem Amtsantritt hat es die Ampel kein einziges Mal über den Bundesdurchschnitt geschafft. Kein einziges Mal konnte Rheinland-Pfalz in den letzten fünf Jahren stärker wachsen als der deutsche Vergleichswert.²² Dabei geht es nicht darum, Rheinland-Pfalz schlecht zu reden. Es geht darum, dass nur mit einer ehrlichen Analyse eine klare Vision für unsere Zukunft entstehen kann.

Ein wichtiges Rückgrat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ist die Industrie und wir sind stolz auf BASF, Daimler, Boehringer und viele andere. Und wir sind stolz auf unser Handwerk und die vielen mittelständischen Betriebe. Sie waren und sind Garant für gut bezahlte Arbeitsplätze.²³ Die Industrie stützt unsere Wirtschaft. Doch genau dieser Stabilitätsanker, der unzählige gut bezahlte Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und dafür sorgt, dass wir uns unseren Sozialstaat überhaupt leisten können, genau dieser Stabilitätsanker hat es in Deutschland und Rheinland-Pfalz immer schwerer.²⁴

Wir sind in vielen Bereichen nicht mehr wettbewerbsfähig. Steuerlast, Sozialversicherungsbeiträge, Strompreise. Überall liegt Deutschland mit an der Spitze im internationalen Vergleich. Geht es so weiter, werden viele Unternehmen abwandern – mit katastrophalen Folgen für Arbeitsplätze, für unser Sozialsystem und für unseren Wohlstand.

Es geht mir nicht nur um die großen Unternehmen. Es geht mir vor allem auch um die vielen kleinen und energieintensiven mittelständischen Betriebe, zum Beispiel in der Glasindustrie, im Maschinenbau, in der keramischen Industrie und in der Lebensmittelbranche.²⁵

 $\frac{https://www.dihk.de/resource/blob/25080/5ad21b78dbd3775b7a0946133f8769c9/dihk-industrieumfrage-data.pdf$

https://www.statistik.rlp.de/no_cache/de/einzelansicht/news/detail/News/2923/Oder https://www.welt.de/wirtschaft/article201833208/Konjunktur-Hier-ist-die-Rezession-bereits-real.html

²² https://www.statistik.rlp.de/no cache/de/einzelansicht/news/detail/News/2923/

²³https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/ind/kompass/Industriekompass 2019-20.pdf

²⁵https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/ind/kompass/Industriekompass 2019-20.pdf



Anrede,

und der CDU und mir geht es um Klimaschutz!

Die hiesige Industrie leistet seit Jahren mit ihren innovativen Produkten und Dienstleistungen hier einen enorm wichtigen Beitrag. Sie unternimmt große finanzielle Anstrengungen, um klimafreundlich zu produzieren und damit Wohlstand und Klimaschutz miteinander zu verbinden. In diesem tiefgreifenden Strukturwandel hin zur Klimaneutralität müssen wir sie unterstützen. Dabei ist gerade die Industrie Innovationstreiber. Beeindruckt bin ich hier von der BASF, die einen Schwerpunkt auf eine umfassende Kreislaufwirtschaftsstrategie zur Schonung der Ressourcen setzt.

Wir als CDU geben ein klares Bekenntnis ab:

- Ja zum Standort Rheinland-Pfalz,
- ja zu einer klimabewussten Industrie und
- ja zu den Industrie-Arbeitsplätzen.

Wir setzen auf innovative Unternehmerinnen und Unternehmer, auf leistungsbereite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. So erreichen wir mit Zukunftstechnologie aus Rheinland-Pfalz unsere Klimaziele, denn Wirtschaft und Umweltschutz schließen sich nicht aus.

Eine dieser klimaschonenden Zukunftstechnologien ist Wasserstoff. Wir wollen Rheinland-Pfalz zum Wasserstoffland machen. Es ist doch vollkommen unverständlich, dass wir mit der BASF einen riesigen Ankerproduzenten haben, nichts daraus machen und die daraus entstehenden Chancen nicht nutzen.²⁶ Wir wollen, dass hier endlich Tempo aufkommt. Rheinland-Pfalz sollte

_

²⁶ Bereits am 08.11.2019 brachte die CDU-Fraktion den Antrag "Technologieoffenheit nutzen – Wasserstoffstrategie Rheinland-Pfalz erarbeiten" (Drucksache 17/10503). Darin enthalten war die Forderung eine "Wasserstoffstrategie Rheinland-Pfalz zu erstellen, welche die Möglichkeiten von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft in den Bereichen Verkehr, Sektorenkopplung, Energie und Industrie systematisch aufarbeitet und die Potenziale in Bezug auf unser Land definiert." Wie die Anhörung am 5. März dieses Jahres zeigte, war die Landesregierung hier bisher vollkommen blank. (z.B. Vorlage 17/6145: "Direkte Kontakte im Frühjahr 2019 mit dem Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz brachten jedoch im Ergebnis, dass Rheinland-Pfalz weder über eine Wasserstoff-Strategie verfügt noch entsprechende Fördertöpfe zur Investitionsförderung vorhanden sind.")



ein industriepolitisches Interesse daran haben, die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft mit Wasserstoff zu beschleunigen. Bei der Ausgestaltung setzen wir auf einen technologieoffenen Ansatz. Unser Ziel ist der grüne Wasserstoff. Das ist konkreter Umweltschutz. Wir müssen aber realistisch bleiben. Für einen Übergangszeitraum müssen wir auf herkömmliche Energieträger zurückgreifen.

Anrede,

wenn wir die eben von mir skizzierten Grundsätze im Bereich der Bildung, der Wissenschaft und der Wirtschaft beherzigen,

- dann leisten wir einen großen Beitrag zur Verwirklichung individueller Chancen, und damit zu einer Steigerung der Lebensqualität.
- dann leisten wir einen wirksamen Beitrag, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen
- dann entstehen in unserem Bundesland zukunftsweisende Arbeitsplätze ohne, dass Menschen zu Tausenden in andere Länder auspendeln müssen das entlastet im Übrigen das Klima.
- dann leisten wir einen guten Beitrag, um die Zuversicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zu steigern.
- Denn diese Punkte sind Grundlage
- für wirtschaftlichen Erfolg und für Klimaschutz
- für eine Steigerung der Steuereinnahmen
- und auch f
 ür die Sicherung unsere Sozialsysteme.

Kurz gesagt: Die richtigen Weichenstellungen in diesen wichtigen Bereichen leisten einen herausragenden Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

ZUSAMMENHALT



Anrede,

Politik muss auch für den Ausgleich verschiedener Interessen sorgen. Wir wollen vor allem kein Gegeneinander und auch kein Nebeneinander von gesellschaftlichen Gruppen. Wir wollen ein Miteinander. Auch ein Miteinander von Stadt und Land.

Goethes Faust ist an der Frage, "Was die Welt im Innersten zusammenhält" zerbrochen. Das darf uns als politische Verantwortungsträger nicht passieren. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Gesellschaft nicht zerbricht, sondern auch zukünftig gemeinsam in die Zukunft geht.

Das Zitieren deutscher Klassiker ist dabei nicht Selbstzweck, sondern führt uns vor Augen, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt ist. Es führt uns vor Augen, dass es eine Daueraufgabe ist: Die Parameter müssen immer wieder an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Die Herausforderungen in diesem Bereich sind dabei aktueller denn je.

Der Staat muss die großen Leitlinien vorgeben. Er kann aber den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht qua Gesetz verordnen. Es obliegt vielmehr allen Bürgerinnen und Bürgern sich für den Zusammenhalt einzusetzen, einzubringen und sich um das Gemeinwesen, die Res publica, zu kümmern.

Hier weiter: Für ein solch' gutes Miteinander haben wir von der CDU klare Vorstellungen:

Wir wollen zusammenführen und nicht spalten. Das betrifft ganz zentrale Lebensbereiche:

Wir wollen in die Sanierung und den Ausbau der Straßen in Rheinland-Pfalz investieren, wir wollen in Rad- und Schienenwege investieren und in den ÖPNV.

Denn Umwelt- und Klimaschutz sowie eine moderne Verkehrsinfrastruktur gehören zusammen. Zusammenführen und nicht spalten, heißt für uns die verschiedenen Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen. Von einer modernen und vielfältigen Infrastruktur profitieren alle. Bedauerlicherweise gibt es einen massiven Sanierungs- und Investitionsstau bei der Straßeninstandsetzung und dem Straßenbau. Allein bei den Kommunen beläuft er sich auf über zwei Milliarden Euro.

Wir wollen deshalb, dass die Mittel für den Landesstraßenbau sowie die Zuweisungen an die kommunale Ebene spürbar und dauerhaft erhöht werden.²⁷ Wir als CDU wollen die Mittel für

-

²⁷ Wie bereits im Doppelhaushalt 2019/20 gefordert, siehe Drs. 17/7891



Ingenieurbüros stabilisieren. Das Gleiche gilt für den Landesstraßenbau sowie Zuweisungen für kommunale Straßen. Dies bedeutet für uns als CDU, dass Baukostensteigerungen künftig angemessen berücksichtigt werden. Bislang ist es so, dass mit dem Geld des Landes immer weniger Vorhaben finanziert werden können.²⁸

Wir als CDU stellen 10 Millionen Euro für neue Ideen im ÖPNV bereit. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen in die Erstellung des Landesnahverkehrsplans einfließen.

Zusammenführen und nicht spalten. Deshalb wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben, aber nur im Einklang mit der Natur und den Menschen. Wir fangen dort an, wo wir als Land verantwortlich sind und es großes Einsparpotenzial in der Energiebilanz gibt.

Bei den Landesliegenschaften. Nach 10 Jahren grüner Regierungsbeteiligung gibt es nahezu keine klimaneutralen Gebäude im Eigentum des Landes!²⁹ Viele Gebäude weisen noch den Energiestandard der 80er-Jahre auf. Der 80er-Jahre! Liebe Grüne, wollen Sie sich hier ein Energiedenkmal setzen? Ist das Ihr Anspruch? Ich hätte hier mehr von Ihnen erwartet.

Anrede,

die CDU wird einen Sanierungsfahrplan für alle Landesliegenschaften erarbeiten, für eine klimaneutrale Landesverwaltung. Wir stehen ausdrücklich für eine Vielfalt bei den regenerativen Energieträgern:

Windkraftanlagen müssen dort gebaut werden, wo der Wind bläst, Wasserkraftwerke dort, wo die Flüsse fliesen, Photovoltaik- und Solaranlagen dort, wo die Sonne scheint. Die Energiewende kann nur gemeinsam – mit den Bürgerinnen und Bürgern – und nicht gegen sie gelingen.

Zusammenhalt bedeutet für die CDU aber auch, dass es keine abgehängten Regionen in Rheinland-Pfalz geben darf. Wir wollen, dass es keinen Unterschied macht, wo man in unserem schönen Bundesland lebt, weil alle Regionen auf ihre Weise lebenswert sind.

Für die Lebenschancen muss es unerheblich sein, ob ein Kind in der Eifel, im Westerwald, im Hunsrück, in Koblenz, Landau oder hier in Mainz geboren wird. Fest steht nur: Überall muss es

2

²⁸ Siehe große Anfrage der CDU-Fraktion, Drs 17/13109

²⁹ Siehe Antwort auf die mündliche Anfrage der CDU-Landtagsfraktion Drs. 17/10791 im Plenarprotokoll 17/95



mit den gleichen Möglichkeiten in das Leben starten und die gleichen Lebensbedingungen vorfinden. Unsere Städte und Dörfer sind für uns Heimat und Identifikation, nicht nur Verwaltungseinheit. Die Menschen, die dort leben, haben das Recht

- auf eine wohnortnahe Versorgung mit den Gütern des täglichen Lebens,
- auf eine funktionierende medizinische Versorgung
- auf eine Anbindung an schnelles Internet und einen Mobilfunk ohne Löcher
- auf Kindertagesstätten, die nicht nur betreuen, sondern unsere Kinder fördern,
- auf Schulen, die Wissen vermitteln und die Kinder auf das Leben vorbereiten.

Dies ist unser Anspruch, den die Landesregierung seit Jahren nicht erfüllt.

Anrede,

wir stärken tatsächlich unsere Kommunen. Es gilt: Starke Kommunen, starkes Land. Wir werden den Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern vor Ort nicht vorschreiben, was sie zu tun haben. Wir wollen, dass sie frei entscheiden können. Wir vertrauen unseren Kommunalen! Wir werden unsere Städte und Kreise finanziell angemessen ausstatten, damit künftig vor Ort selbst entschieden werden kann, für was das Geld ausgegeben wird.

Es darf nicht sein, dass immer erst Gerichte feststellen müssen, dass den Kommunen in unserem Land mehr Geld zur Verfügung stehen muss.³⁰ Wer ein starkes Rheinland-Pfalz möchte, braucht starke Kommunen! In einem ersten Schritt werden wir aus diesem Grund 60 Millionen Euro für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellen. 31 Mit dem Ziel diese Zuwendung in den kommenden fünf Jahren auf 300 Millionen Euro im Jahr zu erhöhen.

Ich möchte die Oberbürgermeister und Bürgermeister nicht dazu verpflichten, ihre Abgaben zu erhöhen, sondern mit ihnen auf Augenhöhe darüber sprechen, wie wir einen für beide Seiten

³⁰ Nachdem der rheinland-pfälzische Verfassungsgerichtshof (VGH) am 14. Februar 2012 den kommunalen Finanzausgleich als verfassungswidrig erklärt hat (VGH 3/11), steht nun für den 16. Dezember eine erneute Entscheidung darüber aus, ob die Umsetzung durch die Landesregierung in den Jahren 2014/15 den im Urteil genannten Anforderungen entsprochen hat. Das VG Neustadt hatte im vergangenen Jahr das Verfahren ausgesetzt und an den VGH abgegeben, aber bereits erklärt, dass aus seiner Sicht das Land seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen nicht ausreichen nachkommt. (3 K 415/16.NW) 31 Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021 "Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände", Drs. 17/13902



zufriedenstellende Lösung finden können. Denn kommunale Steuern führen zu Abwanderungen. Die Finanznot der Kommunen muss gestoppt werden.³²

Zusammenhalt bedeutet für die CDU eine lebenswerte Heimat für alle Generationen.

Anrede,

wir wollen, dass Rheinland-Pfalz eine lebenswerte Heimat für alle Generationen bleibt. Zu einer lebenswerten Heimat gehört auch, dass sich die Gesellschaft um diejenigen kümmert, die besondere Fürsorge benötigen. Das ist bei Babys und Kindern ebenso der Fall wie bei unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Auch sie brauchen unsere besondere Unterstützung. Viele wollen so lange wie möglich, solange es ihre Gesundheit zulässt, in ihrem Haus, in ihrer Wohnung bleiben.

Dafür brauchen wir die beste medizinische Versorgung. Landärzte finden bereits heute keinen Nachfolger. In den kommenden Jahren wird sich dieses Problem noch verschärfen, wenn viele Ärzte gehen in den Ruhestand gehen.

Für uns ist eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung besonders im ländlichen Raum ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und daher von hoher Priorität. Die CDU will die medizinische Versorgung auch in Zukunft sicherstellen. Wir wollen dafür zunächst die Zahl der Medizinstudienplätze um mindestens 200 pro Jahr erhöhen. Damit es genug Landärzte gibt. Dafür werden wir Anreize schaffen. Krankenhäuser in der Fläche vorhanden sind. Die entsprechenden Mittel müssen bedarfsgerecht erhöht werden. Wir setzen uns für den Erhalt der Krankenhaus-Standorte ein. Zusammenhalt bedeutet für die CDU auch, in Würde altern zu können.

Anrede,

.

³² Die Befrachtung der rheinland-pfälzischen Kommunen lag in den vergangenen 30 Jahren im Schnitt bei 429,8 Mio. Euro p.a. Vgl. Meffert, Analyse kommunaler Finanzströme in Rheinland-Pfalz, S. 61

³³ Neben der bloßen Erhöhung der Studienplätze ist auch die Sicherstellung der approbationsgerechten Ausbildung vonnöten: Begleitantrag zum HH 2021: "Universitätsmedizin zukunftssicher aufstellen – Bauliche Voraussetzungen und solide Finanzierung schaffen!", Drs. 17/13941

³⁴ Siehe dazu auch Initiativen aus dem Jahr 2018: Antrag "Stipendien für Medizinstudierende kombiniert mit einer Landarztquote stärken die Ärzteversorgung" Drs. 17/7970 Antrag " Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Rheinland-Pfalz schaffen, um dem Landarztmangel entgegenzuwirken", Drucksache 17/5147



unsere Gesellschaft wird älter. Damit steigt auch der Pflegebedarf. Was für die ärztliche Versorgung gilt, gilt gleichermaßen für die Pflege. Viele wollen im Alter zu Hause bleiben. Wer nicht ambulant versorgt wird, will in der Nähe seiner Familie, seiner Verwandten stationär betreut werden. Die Sicherstellung der Pflege ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, die wir lösen müssen, damit Rheinland-Pfalz eine lebenswerte Heimat für alle Generationen bleibt. Unsere Maßnahmen haben wir in dem Begleitantrag detailliert dargelegt.³⁵

Zusammenhalt bedeutet ehrenamtlichen Brandschutz in unseren Dörfern zu sichern. Wer möchte, dass sich Menschen für die Allgemeinheit engagieren, der muss das Ehrenamt ideell und vor allem finanziell unterstützen.

Ein gutes Beispiel ist der Brandschutz. Der weit überwiegende Teil wird auch in Rheinland-Pfalz von ehrenamtlich engagierten Feuerwehrkameradinnen und -kameraden geleistet. Sie sind es, die sogar ihr Leben riskieren, um anderen zu helfen. Deshalb müssen wir sie mit dem bestmöglichen Einsatzgerät ausstatten. Dazu ist die Feuerschutzsteuer da. Daraus dürfen nicht andere Bereiche finanziert werden.³⁶

Wir wollen, dass es ausreichend Kapazitäten bei der Brand- und Katastrophenschutzschule gibt. Wir werden mehr Ausbilderstellen schaffen. Warum? Ehrenamtlich Engagierte Feuerwehrkameradinnen und -kameraden sollen und dürfen nicht mehr – zum Teil Jahre – auf eine Fortbildung warten müssen.³⁷

³⁶ Die Feuerschutzsteuer auf feuerrelevante Versicherungen ist zweckgebunden und kommt unmittelbar dem Brandschutz zu gute. Während die Feuerschutzsteuer seit Jahren steigt, sind die Investitionsausgaben jedoch seit vielen Jahren auf 13,5 Mio. € festgesetzt. Darüber hinaus werden aus diesen steuerlichen Einnahmen auch Ausgaben im Bereich der ADD oder der Brand- und Katastrophenschutzschule finanziert, die aus unserer Sicht Bildungsmittel und keine Investitionsmittel sind. Wie der Landesfeuerwehrverband auch, fordern wir eine gesetzeskonforme Verwendung der Mittel.

³⁵ Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf Landeshaushaltsgesetz 2021 "Mehr Zeit, Personal, Geld und Wertschätzung für gute Pflege in Rheinland-Pfalz, Drs. 17/13911

³⁷ Aufgrund der Tatsache, dass bei der Aus- und Fortbildung die Berufsfeuerwehren vorrangig behandelt werden müssen, sind in den vergangenen Jahren im Hinblick auf die Ausbildung ehrenamtlicher Kräfte an der Brand- und Katastrophenschutzschule erhebliche Engpässe entstanden.



Zusammenhalt bedeutet Kultur

Rheinland-Pfalz ist reich an kulturellem Erbe und einem vielfältigen kulturellen Angebot. Dies ist ganz wesentlich dem ehrenamtlichen Engagement und der Kreativität vieler rhein-land-pfälzischer Kulturschaffender zu verdanken, die unsere kulturelle Szene als Musiker, Künstler, Schauspieler, Komponisten, Schriftsteller, Kunsthandwerker und vieles mehr bereichern.

Kunst- und Kulturangebote sprechen uns auf ganz unterschiedliche Weise an: Sie vermitteln Freude, sorgen für Zerstreuung, Abwechslung, Entspannung und erweitern unseren Horizont. Eine entsprechende Wertschätzung dieses vielfältigen Engagements vermissen Kulturschaffende aller Sparten in unterschiedlicher Weise. Die kulturelle Förderung in Rheinland-Pfalz ist vor allem durch einen Faktor geprägt: Durch Ungewissheit.

Wird der Antrag bewilligt? Wann kommt das Geld? Muss man in Vorleistung treten? Viele weitere Fragen, die vor allem eines nicht schaffen: Planungssicherheit. Unser Kulturstandort Rheinland-Pfalz sieht anders aus: Wir wollen die Kulturschaffenden wirklich in den Blick zu nehmen, ihre Sorgen um ihre Existenz ernst nehmen und ihr kreatives Potential durch eine zielgenaue finanzielle Förderung erhalten und entwickelt wird.

Und wir werden die Landesförderung von Theatern und Museen auf ein neues Fundament stellen: Klarer, transparenter und nachvollziehbarer für eine langfristige Planungssicherheit.³⁸
Zusammenhalt bedeutet für die CDU auch Umwelt schützen und Ressourcen schonen

Rheinland-Pfalz ist Wald-Land. 30 Prozent der Fläche von Rheinland-Pfalz sind Naturreservate. Der Pfälzer Wald ist der größte zusammenhängende Wald. Das ist Chance und Verpflichtung zugleich. Denn der Wald wird nicht umsonst als "Lunge" bezeichnet. Und die leidet – bedingt durch den Klimawandel – massiv. Unsere Wälder sind in einem schlechten Zustand. Um die Brisanz zu verdeutlichen. Hier in Mainz sind 99 Prozent – 99 Prozent – des Waldes beschädigt! Deshalb ist es uns ein Anliegen, unsere Wälder zu revitalisieren, sie aufzuforsten und dabei klimafreundlich³⁹

٠,

³⁸ Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf Landeshaushaltsgesetz 2021 "Defizite in der Gesundheitspolitik der Landesregierung" Drs. 17/13935

³⁹ Wassermangel in Trockenperioden. Aber auch Stürme, Krankheiten und Pilzbefall spielen eine Rolle (Quelle: Waldzustandsbericht 2020).

³⁹ und klimaresilient (klimastabil)



umzubauen.⁴⁰ Es wird Zeit, die Flächenversiegelung endlich zu minimieren⁴¹ und unsere Dörfer und Städte durch technische und ökologische Anpassungsmaßnahmen fit für den Klimawandel machen.

Stichwort "Digitalisierung":

Ich habe zu Beginn meiner Rede erwähnt, wie wichtig die Digitalisierung ist, für die Bildung, für die Wirtschaft und auch für das Individuum. Wir sind der Überzeugung, dass in jedes Haus ein Internetanschluss gehört. Dennoch sind wir gleichermaßen der Überzeugung, dass die digitale Welt für den Menschen da sein muss und nicht umgekehrt! Wir wollen deshalb eine auf den Menschen ausgerichtete Digitalisierung. Die reale Begegnung der Menschen auf unseren Straßen und Plätzen, in den Familien und Vereinen ist und bleibt nach Corona auch in Zukunft unverzichtbar.

In der Vergangenheit wurde häufig davon gesprochen, dass es einen gesteigerten Trend zur Individualität gibt. Dass die Gesellschaft auseinanderbricht. Dass sich jeder selbst der nächste ist. So belastend die Corona-Pandemie für uns alle, für jeden Einzelnen ist. Sie zeigt doch, dass der Zusammenhalt unserer Gesellschaft insgesamt – mit Ausnahme einiger weniger – intakt ist! Viele nehmen aufeinander Rücksicht. Sie schützen mit ihrem Verhalten die besonders Gefährdeten und verzichten auf liebgewonnene Gewohnheiten. In Rheinland-Pfalz gibt es ein gutes Miteinander. Ich danke all denjenigen, die sich ehrenamtlich in Vereinen engagieren.⁴² Deshalb müssen

_

⁴⁰ Dazu benötigen wir mehr Forstleute auf der Fläche (Zukunftsagenda RLP + Begleitantrag: Personalentwicklungskonzept für Landesforsten, Drucksache 17/13932). Außerdem müssen Gelder zeitnah in Umsetzung gebracht werden. Entschlackung von komplizierten und langwierigen Förderprogrammen (Zukunftsagenda RLP + Begleitantrag Bioökonomie, Drucksache 17/13930). Finanzielle Entlastung der kommunalen und privaten Waldbesitzer, die abgekoppelt von Holzeinnahmen und Jagdpachten sind (Zukunftsagenda RLP). Entlastung bei Revierdienstkosten (Deckblatt) und Entlastung durch Vertragsnaturschutz im Wald (Begleitantrag: Vertragsnaturschutz im Wald, Drucksache 17/13933).

⁴¹ Gründe dafür sind: Erhaltung der Bodenfunktionen, Starkregenprävention, Grundwasserneubildung verbessern, Artenvielfalt erhöhen, Innenentwicklung vor Außenentwicklung (Flächenversiegelung in Siedlungsrandbereichen minimieren, leerstehende Ortskerne ausbauen).

⁴² In Rheinland-Pfalz gibt es ca. 38.000 eingetragene Vereine, in denen sich über 2 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ehrenamtlich engagieren. Viele der Vereine haben unter 100 Mitglieder. Durch die Vereine wird die reiche kulturelle Vielfalt in unserem Bundesland gelebt. Neben Sportvereinen und Kulturvereinen (z.B. Musik-, Gesang-, Chor-, Theater-, Literatur-, Heimatpflege-, Brauchtums-, Museums- und Geschichtsvereine) gibt es zahlreiche Vereine, die in anderen Bereichen aktiv sind, beispielsweise in den Bereichen Soziales, Frauen, Familie, Jugendarbeit, Natur-, Tier- und Umweltschutz,



wir dafür Sorge tragen, dass es die Vereine auch nach der Corona-Pandemie noch gibt.⁴³ Das ist mir eine Herzensangelegenheit.

Ich bin selbst Vereinsmensch und weiß, dass Vereine für viele Rheinland-Pfälzer auch Heimat bedeuten. Der Ehrenamtsbereich ist für uns als Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Ob im Sport, in der Kultur, bei der Tafel, in den Opferschutzorganisation, in der Kirche, bei der Feuerwehr oder in der Blaulichtfamilie, bei den Karnevals- und Fastnachtsvereinen, überall wird ein unverzichtbarer Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet. Hier geht es nicht nur um Anerkennung. Hier geht es um einen wesentlichen Baustein des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Der Staat hat nicht die finanziellen, aber erst recht nicht die ideellen Voraussetzungen, um das was

Klimaschutz, Bildung, Integration und Verbraucherschutz. Sie alle leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl.

⁴³Aus diesem Grunde hat die CDU-Fraktion bereits frühzeitig einen Schutzschirm auch für die Vereine ohne angegliederten Wirtschaftsbetrieb gefordert. Die Landesregierung hat unsere Forderung leider erst zeitverzögert und schlecht umgesetzt.

- Ein deutlicher Unterschied besteht zwischen dem von der Landesregierung beschlossenen "Schutzschild" und unseren Forderungen: Die CDU-Fraktion bestraft nicht diejenigen Vereine, die gut gewirtschaftet und gespart haben. Denn die Landesregierung will, dass die Vereine grundsätzlich ihre gesamten Rücklagen aufbrauchen, bevor sie Hilfen bekommen. Das ist gerade für die Vereine, die mit ihren Rücklagen Feste und Veranstaltungen vorfinanzieren müssen, besonders belastend. Wir haben deshalb einen "Sockelbetrag" für jeden Verein gefordert.
- Dazu kommen hohe formale Hürden bei der Beantragung der Soforthilfe. Die Formulare sind zu umfangreich und teilweise zu schwer verständlich. Deshalb haben wir die Landesregierung zur Vereinfachung aufgefordert Die daraufhin vorgenommenen Vereinfachungen reichen – auch nach Auffassung vieler Vereine – nicht aus.
- Die bisherige Bilanz verdeutlicht das Versagen der Landesregierung; Die im 2.
 Nachtragshaushalt veranschlagten 10 Millionen Euro werden aufgrund der hohen Voraussetzungen nicht abgerufen. Derzeit sind nur knapp 500.000 Euro ausgezahlt worden.
- Unsere Forderung: Jeder eingetragene Verein, der anerkannt gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgt, erhält eine Förderung von 15,00 € pro aktivem Vereinsmitglied, maximal 15.000 Euro. Sofern jedoch eine höhere finanzielle Förderung notwendig erscheint, um das Überleben des Vereins nachhaltig zu sichern, ist eine höhere Förderung im begründeten Einzelfall grundsätzlich möglich. Fördermitgliedschaften zählen nicht zu den berücksichtigungsfähigen Mitgliedern. Voraussetzung für die Hilfen ist, dass der Verein substantiieret glaubhaft macht, dass er seine laufenden Kosten nicht oder nur anteilig aus laufenden Einnahmen decken kann, wegen Corona-bedingten Einnahmeausfällen. Der Verein muss seit mindestens 01. Oktober 2019 bestehen. Die Mitgliedschaften seit mindestens 01. März 2020, vgl. auch unser Begleitantrag zum 2. Nachtragshaushalt: "Schutzschild für Vereine in Not Fördervoraussetzungen herabsetzen und Formalien abbauen"



das Ehrenamt leistet, aufzufangen. Deshalb müssen wir das Ehrenamt bedarfsgerecht unterstützen.⁴⁴

Anrede,

die Pandemie wird unser Leben noch weit ins nächste Jahr hinein einschränken. Jedes Jahr wünschen wir uns an Weihnachten und Silvester Glück und Gesundheit. Ein Ritual. Ich glaube, dieses Jahr gewinnen diese Worte für viele Menschen eine ganz neue Bedeutung – und sie werden bewusster ausgesprochen, gegenüber Kollegen, Freunden, der Familie. Denn das schönste Geschenk, dass wir uns an diesem Weihnachten machen können, ist Gesundheit.

Eingangs habe ich über Zuversicht gesprochen. Diese Zuversicht wollen wir den Menschen mit unseren politischen Ansätzen geben. Ich möchte Ihnen zum Ende der Rede ein großartiges Zitat von Victor Hugo mit auf den Weg geben. "Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance."

Die CDU-Fraktion steht bereit, für diese Chance zu arbeiten. Mit Mut. Für unsere Heimat.

-

⁴⁴ Insbesondere die Coronakrise stellt die Vereine in unserem Land vor erhebliche Herausforderungen. Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion im Nachtragshaushalt (Drucksache 17/13061) ein passgenaues Förderprogramm für die vielen Vereine gefordert. Das von der Landesregierung aufgelegte Programm wird aufgrund seiner hohen Einstiegsvoraussetzungen nicht angenommen. Insbesondere das vollständige Aufbrauchen der Rücklagen führt bereits zu einer erheblichen Krisensituation für die Vereine.